

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918**  
**3 (1889)**

2 (4.1.1889)

# Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,  
für Politik und Unterhaltung.

Abonnement:  
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . 1 M., 50 Pf.  
für 2 Monate . . . . .  
für 1 Monat . . . . .  
expl. Postbestellg.

Erscheint  
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.  
Inserate:  
die viergespaltene Zeile 10 Pf.  
bei Wiederholungen Rabatt.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolphstraße Nr. 1.

## Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ als Arbeiterblatt.

In diesen Tagen hat sich in Berlin ein neues Arbeiterblatt aufgethan, das zu großen Erwartungen berechtigt. Als Zeitung hat es schon einige Jahrzehnte auf dem Rücken und recht merkwürdige und wechselvolle Schicksale hat es erlebt. Aber als Arbeiterorgan debütiert es erst eben, wenigstens ist es schon sehr lange her, daß ein gewisser Liebknecht Mitarbeiter war. Es ist kein Geringserer, als die „Norddeutsche Allgemeine“ und gewiß wird ein heller Jubel unter den so vielfach unzufriedenen deutschen Arbeitern ausbrechen, wenn sie erfahren, daß Herr Lindner unter die Arbeiter-Redakteure gegangen ist. Aber bescheiden, wie der Herr nun einmal ist, läßt er zuerst die Arbeiter selbst zu Worte kommen und, man denke nur, sogar süddeutsche Arbeiter. Zwar sind weder Orts- noch Eigennamen genannt, aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt, mit gesperrter Schrift, daß sie eine „Ein Wort an die freien Hülfslassen“ überschriebene Zuschrift von mehreren Arbeitern aus Süddeutschland eingekampt erhalten habe und überdies ist der Stil noch konfus, als sonst in der „Nordd.“, so daß heileide nicht an der echten Arbeiterabstammung der „Zuschrift“ gezweifelt werden darf. Merkwürdig bleibt es freilich, daß gerade süddeutsche Arbeiter kein anderes näheres Blatt zur Aufnahme ihrer Hergensergüsse kennen und wählen, als gerade die „Nordd. Allgemeine“. Was haben nun die braven süddeutschen Arbeiterbrüder zu Neues und Wichtiges zu verhandeln? Der sehr langen Zuschrift kurzer Sinn ist: die freien Hülfslassen sind grundschlecht gegen die Arbeiter, denn sie verlangen durch ihr Gesundheitsattest, daß alle Beitretenden im Besitz einer eisernen Gesundheit seien, die Zwangskassen dagegen sind gut und gemeinnützig, da sie alle Arbeiter ohne Unterbrechung und Altersgrenze aufnehmen. Dieser kurze Sinn ist nun weber neu, vielmehr seit Jahren von allen zwangsfeindlichen Blättern in unendlichen Variationen wiederholt, noch ist er wahr. Gewiß verlangen die freien Kassen von Neubitretenden ein Gesundheitsattest, weil sie andernfalls trotz sorgsamster Verwaltung ausgebeutet und ruiniert werden könnten, aber mindestens die ungeheure Mehrzahl dieser Kassen stellt nicht im Entferntesten die „draconische“ Bestimmung eiserner Gesundheit, sondern begnügt sich mit einer sehr milden Unterbrechung, schon weil jede Kasse die Vermehrung ihrer Mitgliederzahl erstrebt. Die Zwangskassen aber nehmen durchaus nicht jeden Arbeiter, der sich bei ihnen versichern möchte, auf, sondern nur diejenigen, welche in den ihnen zugewiesenen Betrieben zur Beschäftigung angenommen worden sind — und nehmen denn etwa die meisten Fabriken, Werke u. s. w. die kräftlichen und alten Arbeiter überhaupt in Beschäftigung? — Die Kaiserl. Werk zu Wilhelmshaven, also ein Staatsbetrieb, sucht gerade jetzt durch Inzerte in verschiedenen Zeitungen tüchtige Schiffbauer, welche das 39. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und für gesund befunden werden. Also ein Staatsbetrieb schießt hier nicht allein die nicht im Besitz „eiserner Gesundheit“ befindlichen Arbeiter von seiner Zwangskasse aus, sondern verjagt auch den vollkommen gesunden, aber über 39 Jahre alten Arbeitern die Beschäftigung und somit die Aufnahme in die Betriebskrankenkasse. Was sagen die „süddeutschen Arbeiter“ der „Nordd. Allg. Ztg.“ dazu? — Außerdem vergessen die sogenannten „Süddeutschen“, daß es nicht nur auf den Beitritt, sondern auch auf das Verbleiben ankommt. Die freie Hülfskasse ist gefeßlich verpflichtet, jeden einmal aufgenommenen Arbeiter zu behalten, so lange er seinen Verpflichtungen nachkommt, bis in das höchste Alter; ja viele freie Kassen stünden aus freiem Antrieb die Beiträge Monate und Vierteljahre lang, einige von ihnen zahlen dieselben sogar für die arbeitslosen Mitglieder lange Zeit hindurch. Aus den Zwangskassen dagegen müssen die Arbeiter in den bei weitem meisten Fällen ausscheiden, sobald sie ihre Beschäftigung verlieren, ohne sofort eine andere zu erlangen, sie verlieren also mit der Arbeit zugleich die Versicherung. Wo ist nun das Sichere und Bessere für die Arbeiter? und bei welcher Art von Kassen gilt wirklich der Wahlpruch, mit dem die „Süddeutschen“ so pathetisch schließen: „Einer für Alle und Alle für Einen?“

## Politische Rundschau.

Bant, 3. Januar.

Berlin, 2. Januar. Von Gottes Gnaden bin ich, das ich bin. Dieses Wort des Paulus hat, wie die „Kreuzzeitung“ mittelt, Kaiser Wilhelm II. für die erste Predigt, die er als Herrscher hörte, als Text gewählt. — Die „Kreuzzeitung“ theilt dies beiläufig in einer Polemik

gegen die „Post“ mit, um hervorzuheben, daß Kaiser Wilhelm nicht seine Herrschaft von dem Willen des Volkes ableite und diesem daher auch nicht schmeicheln müsse. Kaiser Wilhelm habe mit dem Gaschen nach der mankelmüthigen aura popularis (Volksgunst) nichts zu thun. Die „Kreuzzeitung“ würde es daher auch auf das Tiefste bedauern, wenn im Volke wirklich die Meinung sich festsetzen sollte, die Rathgeber hätten den Kaiser zur Ernennung des Herrn Herrfurth, des Herrn von Bennigsen und zu der Berufung Carnads bewegen, um die „höher gebildeten Elemente unseres Volkes für sein Regiment zu gewinnen;“ und sie wollten ihn jetzt bewegen, seine Zustimmung zur Steuerreform zu geben, um die großen Massen an sich zu fesseln.

— Ein Bericht, den das parlamentarische Komitee der englischen Gewerkschaften über den letzten internationalen Gewerkschaftskongress in London veröffentlicht hat, ist — wie die „Weber-Ztg.“ schreibt — überall mit Beifall aufgenommen, weil man in demselben eine Bestätigung der Annahme hat erblicken wollen, daß das Volkrecht, welches sich in den Gewerkschaften gegen die sozialistische Propaganda in England ausgerichtet hat, noch immer besteht. Man wird dabei indessen zweierlei nicht übersehen dürfen. Die Gewerkschaften sind nicht identisch mit der Arbeiterschaft. Die große Masse der „ungelehrten“ Arbeiter steht außerhalb derselben, und auf sie scheint die sozialistische Agitation doch nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Dem aber darf doch nicht vergessen werden, daß auch die straffe Organisation der Gewerkschaften selbst sich zu lockern beginnt, daß auch sie von sozialistischen Ideen durchdringt werden. Die Gewerkschaftskongresse der letzten Jahre legen Zeugniß davon ab, wie die sozialdemokratische Lehre auch unter den Gewerkschaften mehr und mehr an Boden gewonnen hat. Und an den Beschlüssen des internationalen Gewerkschaftskongresses, deren sozialistische Färbung niemand verkennen wird, haben doch auch englische Gewerkschaften theilgenommen. Das parlamentarische Komitee will die Durchführung derselben abhängig machen von der Entscheidung, die der nächste englische Gewerkschaftskongress in Dundee herbeiführen soll. Hier soll also die Probe darauf gemacht werden, wie weit die Sozialisirung der Gewerkschaften fortgeschritten ist.

— Der Exminister v. Puttkamer soll vom Kaiser den Schwarzen Adlerorden erhalten haben. Puttkamer soll die erste politische Persönlichkeit sein, welche vom Kaiser mit dieser Auszeichnung bedacht worden ist.

— Zur Geffiden'schen Angelegenheit meldet der „Samb. Corr.“, daß dem Angeklagten vor einigen Tagen die Anklageschrift zugestellt worden ist.

— Ueber das Schicksal Stanley's und Emin Pascha's liegen zuverlässige Nachrichten noch nicht vor. Einer Meldung von Neuter's Bureau aus Suakin zufolge traf in Suakin via Kassala ein Grieche aus Khartum ein, der Khartum vor zwei Monaten verließ. Derselbe giebt an, in Khartum sei von einer Eroberung der Äquatorialprovinzen durch den Wahdi und von der Gefangennahme Emin Paschas nichts bekannt. Vielmehr sollten die Streitkräfte des Wahdi im Gebiete Bahret-Gajal zweimal gefolgt sein.

— Die Reichstags-Ersatzwahl für den Wahlkreis Dieglo und Johannisburg ist auf den 29. Januar 1889 anberaumt.

— Ein gestern in Zanibar aufgegebenes Telegramm an das „Berl. Tageblatt“ meldet, daß ein heftiger Kampf zwischen den Deutschen und Arabern in Bagamoyo stattgefunden hat.

— Verbotten wurde von der Kreishauptmannschaft Dresden die Nr. 116 des „Sächsl. Wochenbl.“ wegen eines aus der Berliner „Volkzeitung“ abgedruckten Artikels über die Gründung königstreuere Arbeitervereine.

— Die „Nation“ drückt „zur Frage der Brotvertheuerung“ den Brief eines Fabrikanten in Sonneberg, Namens Philipp Samhammer, ab, der folgendenmaßen lautet: „Das Hauptnahrungsmittel unserer industriellen Arbeiter bildet das Roggenbrot; es wird unter „Arbeiter“ hier nicht nur die Klasse der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter verstanden, sondern auch die Gruppe kleiner Hausindustrieller, welche hier und in der Umgegend zum Theil von der Produktion der Spielmaaren ihren Lebenshalt fristen. Die Landwirtschaft ist in den engen rauhen Thälern des Thüringer Waldes und insbesondere innerhalb unseres Distriktes sehr wenig ergiebig, die ganze Ernährungswirtschaft bei dem geringen Verdienste eine sehr schmale, einförmige, sie muß sich notwendigerweise auf das billigste Lebensmittel konzentriren, und das ist neben Kartoffeln das Brot. Die schlechte Ernte dieses Jahres hat in dem ganzen Distrikte eine Preissteigerung des Roggenbrotes von 12 Pf. auf 14 Pf. pro Pfd. bewirkt. Das Resultat meiner eingehenden Untersuchungen, wie diese Steigerung sich bei den

oben genannten arbeitenden Klassen fühlbar macht, hat Folgendes ergeben. Es konsumieren durchschnittlich an Roggenbrot:

1 Familie von Köpfen	pro Woche Pfd. Brot	Pfd. pro Kopf.
3	14	4 2/3
4	20	5
5	27	5 1/2
6	33	5 1/2
7	48	6 7/8
8	57	7

Die Mehrausgaben betragen somit bei einer Preissteigerung von 2 Pf. pro Pfd. für eine Familie von:

Köpfen	Pfd. pro Woche	Rl. pro Jahr von 52 Wochen
3	28	14,56
4	40	20,80
5	54	28,08
6	66	34,32
7	96	49,92
8	112	62,72

Im Verhältnis zur Anzahl der Köpfe der Familie steigert sich der Brotkonsum, was begreiflich ist, da die Kernfamilien am wenigsten im Stande sind, theurere Nahrung sich zu verschaffen. Der Arbeiter mit einem Kind ist mehr Fleisch u., als derjenige mit 6 Kindern, deshalb ist der Brotverbrauch des Ersteren auch geringer. Dabei kommt in Betracht, daß der Arbeiter mit 1 Kind keine geringeren Einnahmen hat als derjenige mit 6 Kindern. Bei dem Durchschnittsverdienst eines guten Arbeiters in unserer Gegend von 800 M. pro Jahr repräsentirt die Brotvertheuerung von nur 2 Pf. pro Pfund für eine Familie von 8 Köpfen ca. 7 1/2 pCt. des ganzen Einkommens. Der Verbrauch des Brotes wird voraussichtlich in diesem Winter ein verhältnismäßig noch größerer werden, da die Kartoffeln bei sehr schlechter Qualität bereits im Preise so hoch stehen, daß der Genuß von Roggenbrot ein vorteilhafteres ist; der Centner Speisekartoffeln stellt sich heute schon auf 3,50—4 M. und steigt zweifelsohne in kurzer Zeit noch mehr. Die Erhebungen, welche vorstehend wiedergegeben sind, umfassen ungefähr 36 Familien des arbeitenden Standes, die Zahlen sind Durchschnittszahlen, sie repräsentiren den Brotverbrauch von Arbeitern, welche in geordneten Familienverhältnissen leben; der Durchschnittslohn von 800 M. pro Jahr ist aber speziell für den hiesigen Platz ermittelt, während derselbe bei den Hausindustriellen in den umliegenden Dörfern so hoch nicht angenommen werden kann, weshalb bei diesen die prozentuale Steigerung eine noch größere ist. Außer Berücksichtigung gelassen wurde bei den angegebenen Ziffern der Konsum von Feinbrot, aus Weizenmehl gebacken, welcher immerhin nicht ganz unbedeutend ist, da die Eltern ihre Kinder, welche zur Schule gehen, gerne mit diesem besseren Brode versorgen. Berücksichtigt man, daß ohne die Getreidezölle das Brot mindestens um 2 Pf. pro Pfd. billiger wäre, als es jetzt thatsächlich der Fall ist, so erkennt man leicht, welche ungeheure Steuerlast durch die Getreidezölle auf jene Schultern gewälzt ist, welche sie am wenigsten zu tragen vermögen.

Leipzig. Der Anarchist Drobner, der im Jahre 1886 vom Reichsgericht wegen Vornahme vorbereitender Handlungen zum Hochverrath um 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, ist jetzt nach seiner Haftentlassung auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen worden.

## Schweiz.

— Der schweizerische Bundesrath hat ein Arbeiterschutzgesetz ausgegeben — wohlverstanden ein wirkliches, gegen Ueberausbeutung von Arbeitern gerichtetes Schutzgesetz. Es bleibt zwar noch ein gutes Stück hinter dem Maße des Schutzes zurück, der selbst unter den heutigen Umständen ohne Schaden durchführbar und daher von den Vertretern der Arbeiter zu fordern ist, aber es ist doch immerhin ein Schritt auf dem rechten Wege. Das Gesetz betrifft die Eisenbahnbeamten, Angestellten und Arbeiter, die dem Fabrikgesetz nicht unterstehen, und bestimmt u. A.: Bahnbeamten und Angestellten, einschließlich der im Tagelohn dauernd beschäftigten Arbeiter, ist wenigstens jeder dritte Sonntag frei zu geben. Die Tage der Sonntagsruhe sollen nicht als Ersatz für die in dem Bahndienst üblichen freien Werkstage gelten; jeder Bahnbeamte, Angestellte und Tagelöhner hat auch mindestens Anspruch auf 14 dienstfreie Werkstage im Jahr. Den Bahnbeamten, Angestellten und Tagelöhnern soll auf je 24 Stunden wenigstens eine achtsündige zusammenhängende Ruhepause gewährt sein, mit einer Stunde Zuschlag für Zu- und Abgang für diejenigen, denen nicht in Gebäulichkeiten auf Bahnhöfen oder an der Bahnlinie Wohnungen angewiesen sind. Ueberdem ist etwa um die Mitte der Arbeitszeit täglich eine Ruhepause von mindestens einer Stunde zu gewähren, und es sind daneben wenigstens weitere zwei Stunden, sei es durch Kürzung der Arbeitszeit am Morgen und Abend, frei zu geben. Hinsichtlich der Eintheilung der täglichen Dienstzeiten kann der Bundesrath eine Ausnahme gestatten. Mit Bezug auf die Arbeitszeit der Frauen, welche in dem Bahndienste beschäftigt sind, wird der Bundesrath ebenfalls

die erforderlich werdenden Vorschriften aufstellen. Die vorstehenden Bestimmungen sollen auch Anwendung finden auf andere vom Bunde konfessionelle Transportanstalten. Zuwiderhandlungen sind durch die Gerichte mit Geldbußen, im Wiederholungsfall außerdem mit Gefängnis bis zu drei Monaten zu bestrafen.

**Oesterreich.**

In Hainfeld (Nieder-Oesterreich) wurde am 30. Dezember der Kongress der österreichischen Sozialdemokraten eröffnet. Anwesend sind 90 Delegirte und 25 Gäste. Janakauer wohnt dem Kongress als Berichtserthatter eines Arbeiterblattes mit bei. Am ersten Tage wurde die bereits mitgetheilte Prinzipien-Erklärung zur Diskussion gestellt, gegen die wesentliche Einwendungen nicht gemacht wurden, so daß die Annahme derselben mit großer Majorität gesichert erscheint. Es kann als bestimmt angenommen werden, daß der Kongress wesentlich zu einem festen Zusammenschluß der Sozialdemokraten Oesterreichs beiträgt.

Der Kongress nahm heute, am 31. Dezember, ein weitgehendes sozialdemokratisches Programm mit allen gegen drei Stimmen an. Das Programm besagt: Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei. Sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen, der Geburt, des Vermögens und der Abstammung; sie rüchrt für die Befreiung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung eintritt, für das allgemeine und direkte Wahlrecht, für Väterbezug aller Vertretungskörper, für lädenlose und ehrliche Arbeiterlohn-Gesetzgebung, für obligatorischen unentgeltlichen, konfessionslosen Unterricht und für Trennung der Kirche vom Staate. Sodann wurde die Einigung sämtlicher sozialdemokratischer Fraktionen formell ausgesprochen.

**Frankreich.**

Paris, 1. Januar. Eine gestern stattgehabte Versammlung des Sozialistenkomitees des neunten Arrondissements stellte den früheren Präsidenten des Gemeinderaths Dovelacque zum Kandidaten von Paris auf.

Paris, 2. Januar. In Folge eines Erlasses der belgischen Regierung wurde der Anarchistischer Kouchette, der Urheber der letzten Dynamitanschläge, gestern hier verhaftet.

Paris. Deputirtenkammer. Camélinat (Arbeiterpartei) beantragt einen Straferlass für Personen, die wegen Auslands, politischer oder Verbrechen verurtheilt sind, und verlangt die Dringlichkeit der Beratung. Floquet erklärt, die Regierung sei geneigt, Mitbürger zu begnadigen, die sich vom Augenblicke hätten hinreichend lassen, sie könne diese Milde jedoch nicht auf die berufsmäßigen Verbehrer ausdehnen. (Beifall.) Basly (Arbeiterpartei) sagt, seit Carnot die Präsidentschaft angetreten, habe man auf seine Milde gebaut. Floquet bemerkt dem Redner, er möge sich an die Minister halten und nicht den Präsidenten der Republik in die Erörterung hineinziehen. Basly begründet seine Behauptung damit, daß der Justizminister vor einiger Zeit eine Vorlage über den Straferlass ausgearbeitet, Präsident Carnot aber seine Zustimmung verweigert habe. Trotz mehrerer Einwürfe Basly's verwarf sich Floquet dagegen, daß man den Präsidenten in die Erörterung verwickle, im übrigen seien die Angaben des Redners falsch, denn falls der Präsident einem vom Minister rath vorgelegenen Straferlasse seine Zustimmung verweigert hätte, so würden die Minister ihre Entlassungsgesuche eingereicht haben. Die Dringlichkeit wird mit 325 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

**Italien.**

Rom. Der Papst hat an sämtliche Bischöfe eine Encyclika gerichtet, in welcher er salbungsvoll versichert,

daß seine Hauptfürsorge immer auf die grundsätzlichen Punkte der christlichen Lehre gerichtet gewesen sei. In dieser Encyclika wolle er die Aufmerksamkeit der Bischöfe auf die Pflichten des christlichen Lebens lenken, denn der Glaube ohne die christlichen Tugenden und Werke sei eitel. Leider wichen die Sitten unserer Zeit von den evangelischen Prinzipien ab; die Tendenz des Jahrhunderts sei auf die materiellen Interessen gerichtet, denen der Hochmuth, die schlechte Presse, schlechte Theater, die Demoralisirung der Künste, das Betreten einer falschen Bahn beim Unterrichte in den Schulen (sic!) und die materialistischen und atheïstischen Tendenzen, die Verdunklung der wahren Rechtsbegriffe sowie die Schädigung des privaten und des öffentlichen Lebens entsprängen. Auch der Sozialismus, der Nihilismus und der Kommunismus seien Früchte dieser auf die materiellen Genüsse gerichteten Tendenz. (sic!) Das Heil liege im Christenthum „instaurare omnia in Christo.“ — Der Papst empfiehlt die allgemeine Wiederherstellung des christlichen Lebens in Demuth, Selbsterleugnung, Ergebung und muthevollen Uebung der Tugenden, betont die besondere Nothwendigkeit der Tugend für den Aeltern und erhebt schließlich Frieren für das ganze Menschengeschlecht, damit Alles zur Ruhe und Ordnung zurückkehre. —

**Rumänien.**

Bukarest. Es regt sich allerorts. Auch hier macht die sozialistische Propaganda merkliche Fortschritte. Unsere beiden sozialistischen Kammerdeputirten Kadejbe und Morzu haben in Gemeinschaft mit dem Bauerndeputirten, dem Schullehrer Dobrescu, den herrschenden Parteien schon hart mitgeteilt. Es ist Aussicht vorhanden, daß demächst in Rumän der Jassner Sozialist Benjamin gewählt wird und haben wir also bald drei ausgesprochene sozialistische Deputirte in der Kammer. Auch ist es gelungen, das hier erscheinende Blatt „Dreptul Omului“ (Menschenrechte) vollständig in den Dienst des Sozialismus zu stellen. Das Programm selbst ist ziemlich weitgehend und hoffentlich geeignet, sich recht rasch Eingang in die Kreise des hiesigen Proletariats, der Bauern, zu verschaffen, welche wahrlich in jeder Beziehung seitens der bestehenden Klasse nicht mehr und oft noch weniger Aufmerksamkeit erfahren, als bei uns die Hausväter. Wir lassen dasselbe hier in Uebersetzung folgen:

**Politischer Theil.**

1. Allgemeines direktes Wahlrecht.
2. Abschaffung der stehenden Armee u. Volksbewaffnung.
3. Vollständige Selbstverwaltung der Gemeinden.
4. Rolle Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit des Hausrechtes, Habeas corpus.
5. Abschaffung des Kultusbudgets.
6. Freiheit und Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Unentgeltliche Erhaltung der Schulkinder während der Schulpflicht.
7. Wahl der Beamten durch das Volk, Unentgeltlichkeit der Justizpflege in allen Instanzen und nach jeder Richtung.
8. Umwandlung der Gefängnisse in Korrekptionsanstalten.
9. Politische und gesellschaftliche Gleichheit der Frau.

**Wirtschaftlicher Theil.**

1. Uebergang des Staats- in Gemeinde-Eigenthum.
2. Rascher Rückkauf des Großgrundbesitzes und Uebergang in das Eigenthum der Gemeinden.
3. Ertrag aller indirekten Steuern durch eine progressive Einkommensteuer.
4. Festsetzung folgender Erbschaftsgebühren für alle Erbschaften, welche 10 000 Franken übersteigen: Für Erbschaften in der Seitenlinie 50 Procente, für Erbschaften in direkter Linie 30 Procente. Bei Erbschaften, welche

100 000 Franken übersteigen, fällt alles, was diese Summe übersteigt, dem Staate zu.

5. Eröffnung von Krediten für alle Arbeitergesellschaften, welche industriellen Unternehmungen sich widmen.
6. Eröffnung von Krediten an Landgemeinden zum Ankauf von vervollkommenen Werkzeugen, guter Samen etc.
7. Alle Staatsarbeiten sollen Arbeitervereinigungen übergeben werden, sobald sich dieselben konstituirten haben.
8. Herstellung und Vertrieb aller unentgeltlichen Lebensbedürfnisse wie Brot, Wasser, Beleuchtung durch die Gemeinden, um die private Spekulation auszuschließen.
9. Rückkauf von Hohnhäusern durch die Gemeinden und Vermietung derselben zu Preisen, welche die Kosten der Erhaltung und Neuherstellung nicht übersteigen.

**Der Kongress der Metallarbeiter Deutschlands in Weimar.**

Z. Aus allen Gauen Deutschlands haben sich Vertreter der Arbeiter aus der Metallbranche eingefunden, um diejenigen Mittel zu beraten, welche ihren Berufsarbeiten bessere Erfolge sichern. Der Kongress wurde am 27. v. Mts. gegen 1/10 Uhr vom Kollegen Joseph Höger-Weimar eröffnet und die erschienenen Delegirten begrüßt. Nach einer kurzen Ansprache derselben werden die Delegirten Söhler-Braunschweig und Kade-Röln mit der provisorischen Leitung zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Geschäftsordnungscommission betraut. In die Mandatsprüfungscommission werden gewählt die Herren Deisinger-Hamburg, Wegger-Hamburg, Riemann-Ghemnitz, Judschwerdt-Ghemnitz, Wittag-Halle, Brehmer-Hamburg, Lorenz-Altona, Siegert-Dresden, Segig-Fürth. Die Geschäftsordnungscommission besteht aus den Herren Scherm-Nürnberg, Taubert-Leipzig, Hemme-Altona, Dittrich-Hamburg, Hoff-Hamburg. — Bis zur Erlebigung der Prüfung der Mandate und Aufstellung der Geschäftsordnung tritt eine längere Pause ein. Anwesend sind 70 Delegirte. Sämtliche Mandate werden mit Ausnahme von zwei, welche sich selbst nicht als Delegirte betrachten, als gültig anerkannt. Nach längerer Debatte erklären sich Beide, Theiß und Hilmer, den Charakter eines Delegirten annehmen zu wollen. Man schreitet zur Wahl des Bureau und werden Kade als 1. Vorsitzender, Söhler und Segig als Stellvertreter gewählt. Es wird beschloffen, acht Schriftführer zu wählen und werden Brehmer, Präder, Dieberich, Schmoll, Riemann, Siegert, Schwarz gewählt. Die Rednerliste führen Taubert und Lorenz. Die Geschäftsordnungscommission erlatet durch Scherm Bericht und folgt die übliche Geschäftsordnung besl. Redezeit u. s. w. Es wird beantragt, ein Protokoll über die Verhandlungen des Kongresses drucken zu lassen, jedoch die Namen wegzulassen, letzteres ist jedoch verworfen. Scherm, Segig und Präder werden mit der Ausarbeitung desselben betraut. Der 1. Punkt der Tagesordnung ist die Organisationsfrage und wird ein Antrag von Hug eingebracht, die Sitzung heute zu schließen. Wird abgelehnt. Ein Ausspruch Hemme's: Der Kongress werde eventuell bei Beschluß der Branchenorganisation auseinander gehen, giebt Veranlassung zu lebhafter Debatte. Riemann will wissen, ob man jetzt schon seitens der Minorität damit umgehen, falls ihre Ansichten nicht durchgehen, den Kongress zu verlassen. Wegger ist der Meinung, daß dies nicht so gemeint sei, vielmehr habe Hemme nur sagen wollen, daß Hamburg sich nichts davon verspreche. Sie seien nicht mit Hintergedanken gekommen. Wittag stellt den Antrag: Rein Delegirter darf ohne Erlaubnis des Kongresses denselben vor Beendigung der Tagesordnung verlassen; wird angenommen. Ein Antrag Theiß:

Dich, um die er sich gar nicht kümmerte; wenn der nicht ein ausgemachter Schuft war, will ich nicht Dein Bruder heißen. Nun mag er sehen, wie er mit dem Gethier da auf dem Grunde fertig wird. — Ich werde mit Dir gehen und bei Dir bleiben, bis Du sicher geborgen bist. Zwar habe ich Kapitain Steffens versprochen, die nächste Reise mit ihm zu machen, sobald er wieder ein Schiff hat, aber unter den jetzigen Umständen wird er mir gegen mein Wort zurückgeben. Ich freue mich nur, daß meine Ahnungen mich nicht betrogen haben. Von dem Augenblick an, wo ich Dich erblickte, strengte ich unablässig meine Gedanken an, um zu ergründen, wo ich dies Gesicht schon einmal gesehen hatte. Denke, Lotchen, es sind nun über zehn Jahre her, daß ich zur See fuhr; damals, als ich fortging, warst Du noch nicht ganz zwölf Jahre alt. Trotzdem lag die Aehnlichkeit nun einmal in dem Gesicht, so daß ich mir schließlich sagte: Sie muß es sein. Ich wollte immer den Kapitain nach Dänen Namen fragen, aber das Unmetter brachte ja ganz andere Gedanken mit sich. Wenn aber die Fahrt auch glücklich von Statton gegangen wäre, ich glaube, ich wäre der Sache doch noch auf den Grund gekommen; in den Händen dieses Menschen hätte ich Dich aber sicher nicht gelassen! — Nun, es ist ganz gleich, so oder so! — Doch jetzt wird es Zeit, an die Abreise zu denken und uns reisefertig zu machen!"

Lotchen warf dem Bruder einen dankbaren Blick zu, dann ordnete sie ihre Sachen, sprach auch der alten Fischersfrau ihren Dank für die Mühe und Aufopferung aus, mit der sie sich ihrer angenommen und schritt dann an der Seite Bernhard's dem Posthause zu, in welchem die Mannschaft bereits um Kapitain Steffens versammelt war und der Abreise harrete.

„Dollak!" rief der Vetter, als er die Beiden erblickte, „wieder munter und wohlhaft! Das ist vernünftig. Hoffentlich wird das junge Fräulein nun mit günstigerem Winde in die Heimath segeln, als sie ihn von da nach hierher gehabt hat!"

(Fortsetzung folgt.)

**Arme Mädchen.**

Erzählung aus dem Berliner Leben.

Von E. Fischer.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Als die beiden Geschwister dann, nachdem Bernhard sich durch ein kräftiges Essen gestärkt hatte, — die Schwester war nicht im Stande, daran zu denken — wieder im traulichen Stübchen des Fischerhauses saßen, machte Lotchen ihrem Herzen Luft und erzählte dem Bruder bis in's Kleinste ihr Zusammentreffen mit Benno, die weitere Verbindung mit demselben, die Verprechungen und Versicherungen, die er ihr gemacht. Sie erwähnte auch der Warnung Oskar's, seines Bruders, sowie die Umgestaltung der äußeren Persönlichkeit Benno's. Nichts verschwieg sie.

„Bernhard", sagte sie am Schluß ihrer Mittheilungen, indem sie den Bruder bittend ansah, „Du weißt ja, wieviel trostlose und kümmerliche Jahre wir als Kinder verlebt haben bis wir durch den Tod des Vaters auseinandergerissen wurden; da aber sich erst meine Lebenszeit an. Während die Mutter krank lag, mußte ich neben der Pflege für diese auch für das liebe Brod, für mich selbst sorgen. Es war mir nicht möglich, alles allein zu beschaffen, und nachdem auch die Mutter dem Vater gefolgt war, trat an mich die Sorge heran, die angesammelten Schulden zu tilgen und meine eigene Existenz zu sichern. Ausgaben häuften sich auf Ausgaben und ich habe oft genug meinem Körper abgedarbt, was ich zur Bekleidung derselben brauchte. Wenn ich nun nach all' diesen freudlosen Tagen mich nach einer besseren Zukunft sehnte, nach besseren Tagen als die Vergangenheit und Gegenwart sie mir beiseite, kamst Du mir darum jürnen? — Hätte ich ahnen können, welche Folgen mein leidfertiger Schritt in eine ungewisse Zukunft nach sich ziehen würde, ich hätte dann lieber ausharren mögen bei meiner mühsamen Arbeit, verlassen und allein. O, Bernhard! wie oft habe ich

Deiner gedacht in den Stunden der Einsamkeit, wenn ich vom Gefühl meiner Verlassenheit übermannt wurde, wie habe ich mich nach Dir geseht, um doch nur eine Menschenseele auf der weiten Welt an meiner Seite zu haben, an der ich einen Halt suchen könnte, an die ich mich festklammern durfte, wenn ich nutzlos und kraftlos zusammenzubrechen drohte. Du hast es wohl nie so fühlen können und wirst es nie fühlen können, was es für ein armes Mädchen heißt, hilflos und verlassen im Gemüth der Weltstadt auf sich selbst angewiesen zu sein, zu schaffen für's tägliche liebe Brod, zu hungern und zu darben, wenn der Verdienst ausbleibt und dann trotz alledem den Muth nicht zu verlieren, den Kopf hoch zu tragen und allen Gefahren aus dem Wege zu gehen. Du kannst es nicht fühlen, aber begreifen kannst Du es, Bernhard!" — Sie hielt schluchzend inne. Bernhard hatte seinen Arm um ihren Nacken geschlungen und sie sank an sich gezogen.

„Ich begreife es, Lotchen; ich weiß ja, wie jeder gewissenlose Schurke ein solches Mädchen als willkommene Beute betrachtet, ob er nun ihre Kräfte durch maßlose Ausbeutung bei aufreibender Arbeit verbraucht oder sie auf andere Weise in den Stand tritt. Nun bin ich ja bei Dir, das eine und einzig Gute hat ja Dein unüberlegtes Handeln herbeigeführt, das unter anderen Umständen wohl verhängnißvoll für Dich geworden wäre, denn, offen gesagt, ich habe dem Mädchen vom ersten Augenblick an nicht getraut, er war selbstam perfreut, ich und verschlossen, ja, er konnte keinen ethischen Blick vertragen, denn wenn ich ihn frei und offen ansah, schlug er den Blick zu Boden oder es leuchtete etwas in seinen Augen, das alles Andere, nur seinen irdischen Kern in ihm vermuthen ließ. Dazu kam sein wahrhaft jämmerliches Verhalten bei der unglücklichen Katastrophe, die unserem braven Steffens das schöne, schmale Schiff raubte. — Er hat es allerdings gut verstanden. — Die Todesangst stand ihm auf der Stirne geschrieben und dabei war er um das elende Ding von Kästen da besorgter als um

Bezüglich des 1. Punktes, Organisation betr., über Zentralisation und Branchenorganisation getrennt zu diskutieren (in der Generaldebatte) wird abgelehnt. Der im Fachorgan veröffentlichte Antrag von Hamburg über Organisation u. f. w. (Zentral-) wird vom Vorsitzenden verlesen und erklärt derselbe, den Antrag jetzt schon nicht zur Debatte stellen zu können, da viele derartige Anträge vorliegen. Nach längerer lebhafter Debatte wird man sich dahin einig, denselben bei Organisation mit zu behandeln. Ein Antrag Reimer, die Sitzung nach Schluß der Debatte zu schließen und morgen fortzufahren wird angenommen. Ein Antrag Theiß: Der Kongreß möge erklären, daß das Bureau nicht das Recht habe, Anträge kritisch zu behandeln, veranlaßt das Bureau zu der Erklärung, daß, wenn es nicht das Recht habe, dem Kongreß einen Vorschlag zu machen oder im Bureau praktische Stellung behufs Geschäftsführung zu nehmen, es sein Amt niederlegen werde. Reimer betont, man solle nicht schon am 1. Tage mit Niederlegung des Amtes drohen, es werde diese einen guten Eindruck in Deutschland nicht machen. Siegert wendet sich gegen Theiß mit der Bemerkung, man habe dem Bureau den Stand schwer genug gemacht und solle man sich zunächst sachlicher halten. Theiß zieht seinen Antrag zurück. Schluß der Sitzung 6 Uhr, Beginn Freitag früh 8 Uhr.

Die trieb bedauert, daß Berlin nicht vertreten sei. In Rheinland und Westphalen sei man für Branchenorganisation. Er empfiehlt den Hamburger Antrag, welcher Allen geredet werde. Die Zentralorganisation sei zu empfehlen, da die lokalen Vereine viel eher aufgelöst werden, als die auf § 152 gegründeten. Lücke: Er sehe ebenfalls auf dem Boden einer stammigen Organisation (Zentralisation) auf Grund des Geaer Kongresses. Die allgemeinen Organisationen seien viel lebensfähiger als Branchenorganisationen, welche sehr häufig zu Grunde gingen. In Berlin waren i. J. 16 einzelne Vereine der Tischlerbranche, über welche eine Lohnkommission stand. Die allgemeinen Organisationen übersehen das ganze Gebiet. Bezüglich der Zentralisation habe er seine Gedanken auf Grund verschiedener Gesichtspunkte. Die Hamburger wollten à la May Dirsch eine Zentralisation einführen. Seine Vorschläge ipare er sich auf bis zur Diskussion. Er sei kein Gegner der Streiks und wolle die Arbeiter nicht um diese wichtigste Waffe bringen, aber diese müssen geregelt werden. Der Hamburger Antrag sei nicht die Grundlage. Deutschland muß in Bezirke getheilt und eine rege Agitation entfaltet werden. Panzer meint: Sollte man bei dem Urtheile das Reichsgericht anrufen, dann wäre wohl manches Urtheil anders ausgefallen. Andere Vorschläge seien nicht gemacht. Man möge eine Vereinigung gründen, an welche das Gesetz nicht heranreicht. Mittag: In Branchenorganisationen trete der eigentliche Zweck nicht recht in den Vordergrund, wenn auch einzelne Branchen sich leichter organisieren lassen. Aus den allgemeinen Vereinen bilden sich Branchenorganisationen (Juris Theiß: Naturgesetz). Er sehe auf dem Boden der allgemeinen Organisation. Cymer: Man weiß nicht, wo der Begriff politische Angelegenheiten aufhöre und wo er anfangen. Er sehe auf dem Boden des Geaer Beschlusses. Taubert ist gegen Zentralisation. Bernthorpe erwähnt den Hamburger Schlosserstreik mit der Parole: Getrennt marschieren, vereint schlagen, das sei in Hamburg nicht der Fall gewesen. Vreder: Durch lokale Organisation kommen wir nicht weit. Man muß zentrale Organisation verfolgen. Die Streiks müssen geregelt werden. Wenn auch lokale Organisation beschlossen werde, so werde doch die Zeit kommen, wo wir für Zentralisation sein werden. Weierhünten spricht von Unterstützung. Wamsangs: Wir haben Erfahrungen mit der Zentralisation gemacht und wurden auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst. Man möge es jeder Branche überlassen, wie sie sich organisieren wolle. Er legt mehr Werth auf Agitation als Organisation.

Ein Antrag Mittag und Genossen bezweckt, Deutschland in 10 Kreise zu theilen und für jeden einen Vertrauensmann zu bestellen. Deisinger erkennt in der Zentralisation die richtige Form der Organisation, unter gegenwärtigen Verhältnissen ist es jedoch nicht rathsam, an stammiger Zentralisation festzuhalten. Bezüglich der Branchenorganisation ist er der Meinung, daß es gleichgültig, unter welcher Form und Namen dies geschieht. Die Hauptsache ist eben die Organisation. Redner weist auf die Berufsgenossenschaften hin, welche ebenfalls für das ganze Gewerbe gegründet sind. Er ist für allgemeine Organisation, da bei Streiks die Einzelnen sich in die Zentralleitung wenden müßten und andere Branchen eventuell dieselben nicht billigen könnten. Er erklärt sich mit Lücke einverstanden, mit aller Kraft die Koalitionsfreiheit zu erringen, da der § 152 wenig Werth habe. Eine Kommission von 10 Mann zu wählen, werde nicht gut angehen, es gäbe unter den deutschen Metallarbeitern Leute genug, welche das Vertrauen derselben besitzen. Hilmer: Man soll jede Branche sich naturgemäß entwickeln lassen. Die Hauptsache sei das Solidaritätsgefühl, welches unter den Hamburgern besonders ausgeprägt ist. Es ist hier Zentralisation ohne bindende Bedingungen. Branchen- oder gemischte Organisation sei ihm gleich. Lücke und Segig stellen den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche weitere Vorschläge zur Tagesordnung macht. Auf Antrag Deisinger's wird dies der Geschäftsordnungs-Kommission überlassen. Zuchswert erklärt sich im Grunde als Prinzip für Zentralisation, da aber die verschiedenen Vereinsgesetze sie verbieten, so könne er sich nicht dafür erklären. Er ist entschieden gegen Branchenorganisation, da dadurch den besseren Leuten nur der klare Begriff abhandeln komme und das Gehirn verflüchtigt werde, wie er an einem Beispiel Höfer anführt, welcher durch „Bruder Schmidt“ Theiß dahin gebracht sei. Er ist für Einsetzung einer Kommission. Witt: Die Schmiede in Posen haben sich selbst aufgelöst. Das Wort Verumpfung

paße eher auf die Schmiede als auf den Leipziger Fachverein. Hoffrichter wendet sich gegen Zentralisation sowie Organisation und geht mit Theiß hart ins Gefecht. Reimer warnt, sich der Meinung hinzugeben, als ob vom Kongreß etwas Fertiges mit nach Hause gebracht werden müsse. Die Branchenorganisationen haben mehr Mitglieder als die allgemeinen Organisationen und weiß dies durch Zahlen nach. Zuchswert befreit dies, worauf Reimer anfährt, daß beim Hamburger Tischlerstreik das meiste Geld aus Hamburg gekommen sei. Im Branchenverein könne man die Agitatoren besser ausbilden als in der Zentralisation. Bestehende Organisationen sollen nicht berührt werden. Es geht eine Resolution ein, daß überall in Deutschland allgemeine Metallarbeiter-Fachvereine gegründet werden, nur wo dies nicht möglich, soll Branchenorganisation gegründet werden. Eine weitere Resolution verlangt in die bestehenden Organisationen nicht einzugreifen. Curtz: Der Leipziger Metallarbeiter-Fachverein war einer der besten, welche jemals in Deutschland bestanden, die Branchenorganisation habe niemals so etwas hervorgebracht. Es habe in Leipzig schwer gehalten, in den Branchenorganisationen etwas zu schaffen. Stöckel spricht über Alensburger Verhältnisse. Echorn ist im Prinzip für Zentralisation, da dieselbe nicht möglich, so neigt er den anderen Rednern zu. Brechmer: Es soll kein Delegirter mit gebundenem Mandat zum Kongreß gehen, da die persönliche Meinung oftmals eine andere ist. Redner ist für Branchenorganisation. Niemand: Wir haben kein gebundenes Mandat. Unsere Mandatgeber haben uns auf Grund unserer Ueberzeugung und Stellung hergesandt. Wenn man auf die Möglichkeit einer Zentralisation hinweise, so sei dies nur in kleinen Orten, wo wenig Mitglieder sind, in großen Städten werde sofort die Polizei eingreifen. Er führt den Ausspruch Theiß' in Chemnitz an, daß die Schmiede nur tanzen, tanzen und huren. (Rufe: Wut!) Wie es mit der Zentralisation steht, zeigt das Eingreifen der Staatsanwaltschaft in Braunschweig auf Grund eines Beschlusses des Chemnitzer Metallarbeiter-Fachvereins. Er wendet sich gegen Central- und Branchenorganisationen. Die Streiks seien einzuführen. Die Metallschläger sind nach dem Streik zu einer kräftigen Organisation herangewachsen. Mit der Zentralisation sei es nicht so bestellt, wie hervorgehoben wird. Lücke wendet sich gegen Panzer und meint, die Polizei habe nicht das Recht, einzelne Personen zu verhaften, einen Posten als Leiter zu übernehmen. Die Streiks will er nicht aus der Welt schaffen, sondern nur das ziellose Umläufereien der Streikbewegung. Er ist für die Ansicht Niemanns, daß nicht große Summen in den Vereinen aufgesetzt werden. Es geht ein Antrag ein, eine Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen, welche Vorschläge zur besseren Agitation machen soll. Wird abgelehnt. Poillon erklärt sich einverstanden, wenn alle Arbeiter unter einen Hut kämen. Eine Zentralisation sei unrichtig. Andererseits sei es erklärlich, wenn sich in größeren Städten die Arbeiter branchenweise zusammenschließen. Niemann stellt den Antrag, eine Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen, welche Vorschläge zur besseren Organisation macht. Wird angenommen. Diefelde tritt sofort in Kraft. Grenz ist für Einsetzung einer Kommission. Das Wirtschaftliche und Politische könne man nicht gut trennen. Angriffsstreiks sollen vermieden werden, falls die Organisation nicht kräftig genug sei. Redner geht auf die Leipziger Formbewegung ein. Er ist gegen Zentralisation aus bestimmten Gründen und tritt für Branchenorganisation ein. Schluß der Sitzung Abends gegen 8 Uhr.

(Schluß folgt.)

### Gewerkschaftliches.

**Aufruf an die Tabakarbeiter Deutschlands!**

Die unterrichteten Tabakarbeiter haben es sich zur Aufgabe gemacht, Otern und folgende Tage einen öffentlichen Tabakarbeiterkongreß zu veranstalten, der Det wird später bekannt gemacht. Wir machen förmliche Tabakarbeiter hierauf aufmerksam. Es ist notwendig, jetzt schon öffentliche Versammlungen einzuberufen und hierzu Stellung zu nehmen, damit der Kongreß aus allen Theilen Deutschlands besichtigt wird. Alles Nähere, i. d. Tagesordnung, Ort u. f. w. werden demnach durch ein Flugblatt bekannt gemacht. Damit das Flugblatt auch in den kleinsten Orten, wo Tabakarbeiter sind, Verbreitung findet, ersuchen wir sämtliche Kollegen, auch Vorstände von Krankenkassen, sowie die Beweismächtigen des Unterstützungvereins deutscher Tabakarbeiter, und von solchen Orten, welche sich noch keiner Vereinigung angeschlossen, Adressen zukommen zu lassen, damit die Zuführung der Flugblätter nach allen Ortschaften pünktlich besorgt werden kann. Einzelne Punkte zur Tagesordnung sollen, wenn die selben rechtzeitig eingelangt sind, möglichst berücksichtigt werden.

E. Weiskopfer, H. Hood, 2. Wöster, Hamburg.  
 D. Reister, Hannover, D. Witt, E. Krieme, Altona.  
 J. D. Junge, Bremen, C. Stappert, Ottenen.  
 Briefe und Anfragen sende man an H. Hood, der Adresse Herrn Naib, Hamburg, Poststraße 33, I.  
 NB. Alle arbeiterfreundlich gemütheten Blätter werden um Abdruck gebeten.

### Aus Stadt und Land.

**Bant, 3. Januar.** Die Monatsversammlung des Bürgervereins Bant findet diesmal schon am Sonntag, den 6. Januar, Nachm. 2<sup>1/2</sup> Uhr, im Saale der Bwe, Brumund statt. Die äußerst wichtige Tagesordnung macht die Anwesenheit aller Mitglieder wünschenswerth. Unter Anderem wird betrefis der bevorstehenden Kirchentaths-Wahl verhandelt, die Vorstandswahl vorgenommen und betr. des Stiftungsfestes Beschluß gefaßt werden.

**Bant, 2. Januar.** Dem Speibteur W. wurde vor einiger Zeit ein Faß Butter gestohlen. Die Thäter sind jetzt ermittelt und zur Haft gebracht. Es sind die Arbeiter K. und J.

**Bant, 2. Januar.** In der Eplofesteracht wurden der Steinweg J. und ein Knecht des Kaufmanns Glopstein in der Nähe des Aufshuberzuges von einigen Männern, welche ein in Mannskleiden festgemürtes Frauenzimmer begleiteten, thätlich angegriffen und durch Messerstiche und Schläge mittels eines sog. Lobfchlägers nicht unerheblich verletzt. J. erhielt mehrere Messerstiche in die Lunte Hand, während sein Begleiter erhebliche Verwundungen am Kopfe davon trug. Auch einer der Angreifer soll verletzt worden sein.

**Bant, 3. Jan.** Der Fachverein der Maurer-arbeitsleute hielt gestern Abend im Vereinslokale „Zur Arche“ seine Verammlung ab, welche gut besucht war. Nachdem die Abrechnung vom letzten Quartal und vom verfloffenen Jahre vorgelegt, welche sich als günstig erwies, wurde dem Kassirer Deschaze ertheilt. Hierauf wurde der Lehntarif für das begonnene Jahr 1889 vorgelegt, der sich folgendermaßen stellt: 35 Pfg. pro Stunde, bei Ueberstunden und Sonntagsarbeit 40 Pfg. pro Stunde, Akkordarbeit: Kellerstage bis 1. Etage 1,25 M., 2. Etage 2,50 und 3. Etage 3,00 M. für Tragen von 1000 Steine; jedoch dürfen die Steine vom Bauplay nicht zu weit entfernt sein. Eine lebhaft Debatte entspann sich über einen Antrag auf Verlegung des Vereinslokals. Der Antrag wurde dahin motivirt, daß die meisten Mitglieder in Kopperhorn resp. Heppens wohnen und es diesen zu weit sei, zum Besuche der Verammlungen nach Bant zu gehen. Man sprach sich jedoch dahin aus, daß diejenigen, welche Interesse für den Verein hegen, sich nicht scheuen würden, einen etwas weiteren Weg zum Besuche der Verammlung zurückzulegen, und daher wurde das bisherige Lokal beibehalten.

**Wilhelmshaven, 2. Januar.** Der Hotelwirth B. hieselbst hat einen seiner Kellner derartig mißhandelt, daß dessen Ueberführung in das Krankenhaus nothwendig wurde, wo derselbe angeblich bereits gestorben sein soll. B. ist verhaftet worden.

**Wilhelmshaven, 2. Januar.** Der preussische Kultusminister hat soeben eine Anweisung für Hebammen zur Verhütung des Kindbettfiebers erlassen. Die Erfahrung hat die von der Wissenschaft längst gewonnene Lehre, daß das Kindbettfieber in fast allen Fällen mit großer Sicherheit und verhältnißmäßig geringen Mitteln verübt werden kann, bestätigt und demgemäß sollen die Hebammen fort an gehalten sein, dieser Krankheit in derselben Weise vorzubeugen, wie dies schon längst in den Entbindungsanstalten geschieht. Die Krankheit, welche so häufig zum Sichtlichum oder zum tödtlichen Ausgange führt, wird dadurch bekämpft, daß ihre Keime aus allem, was nur irgendwie von außen her mit den Geburtsorganen in Verbindung kommen kann, durch sorgfältige Reinigung so viel als möglich unschädlich gemacht werden. Die Anweisung soll den Hebammen zur strengsten Nachachtung eingehängt, auch ihr Inhalt bei Nachprüfungen der Hebammen zum Gegenstand der Prüfung gemacht werden. Die den Hebammen dadurch entstehenden Kosten müssen von ihnen selbst getragen werden.

**Oldenburg, 2. Januar.** Die von der Liebertafel des Fachvereins der Tischler im Weber'schen Saal (Obdon) in Geersten arrangirte Eplofesterfeier war gerade nicht zahlreich besucht, doch nahm dieselbe einen äußerst ansprechenden, gemüthlichen Verlauf. Die humoristischen Vorträge wie auch das aufgeführte Theaterstück „Beim Kommissarius“ fanden allgemeinen Beifall. Die Gesangsvorträge der Liebertafel, welche ausschließlich einen guten Volksgesang pflegt, zeichneten sich durch Präzision und vortreffliche Harmonie aus, so daß auch hier reichlicher Beifall gespendet wurde. Ein von einem Mitgliede zum Vortrag gebrachter Neujahresgruß wirkte äußerst zündend und fand sicher einen Wiederhall im Herzen der Festtheilnehmer. Der kleine Kreis freibarer Sänger verfügt über recht anerkennenswerthe Kräfte und wird hoffentlich seinen Freunden noch recht oft einen derartigen gemüthlichen Unterhaltungsabend verschaffen.

**Oldenburg, 2. Januar.** Wir berichteten kürzlich von einem in der hiesigen Markthalle ausgeführten Diebstahl, welcher hier allgemeinen Aufsehen erregte, da die Diebin die Frau eines Lehrers an einer hiesigen höheren Schule ist. Vom hiesigen Schöffengericht wurde die betreffende Frau vor einigen Tagen zu — 30 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Prozeßkosten verurtheilt. Bei Verurkundung des Urtheils fiel sie in Ohnmacht. Auf die Ausführungen des Vertheidigers hin, daß es sich hier nur um eine Uebertretung im Sinne des § 370 Abs. 5 des R. St. G. B. (Entwendung von Genußmitteln zum alobaldigen Verbrauch) handelte, hatte der Gerichtshof von Verhängung einer Gefängnisstrafe abgesehen. (?)

**Fahrplan des städt. Dampfers „Edwarden“**  
 zwischen Wilhelmshaven und Edwardehörn.  
 gültig vom 15. Oktober 1888 bis 15. März 1889.  
 Von Wilhelmshaven 11.— Vorm. 1. Sonntagsfahrten 7.30 Vorm.  
 4.— Nachm. 2. Sonntagsfahrten 7.30 Nachm.  
 Die Abfertigung des Dampfers befindet sich an der Koehmoose der neuen Hafeneinfahrt.  
 Fahrpreis für die einfache Fahrt 1. Kajüte 60 Pf., 2. Kajüte 40 Pf., für Retourbillets 1. Kajüte 1 M., 2. Kajüte 0,60 M. — Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte der vorstehend festgesetzten Fahrpreise.

**Erlurt.** Der Tischlergeselle Louis Eißfeld von hier ist seit einem Jahr verstorben. Der tief bekümmerte Vater bittet alle, die den genannten seit der oben angegebenen Zeit gesprochen oder geleben haben, um Nachricht an Karl Eißfeld, Erlurt, Moritzgasse 6. — Alle Zeitungen werden um Abdruck dieses Aufrufs gebeten.

